

(Dr. Monika Schaal)

Es ist überhaupt nicht klar, mit wem Sie dieses Projekt realisieren wollen. Wir haben im Ausschuss erfahren, Frau Heyenn hat darauf hingewiesen, dass Sie es begrüßen würden, wenn Hamburg Energie dabei wäre, aber Sie haben auch gesagt, und das ist natürlich richtig, dass die großen Energieversorger allesamt Schlange stehen bei der Realisierung der Elektromobilität. Es stehen auch die großen Automobilkonzerne Schlange, um sich jeweils in die Modelle einklinken zu können. Hier hätten wir natürlich gerne einmal gewusst, mit wem Hamburg denn bei dem Thema Elektromobilität spielt. Wie wollen Sie es anstellen, wenn Sie sagen, Sie wollen, dass die Autos auch umweltfreundlich, mit umweltfreundlicher Energie fahren, dass tatsächlich nur Ökostrom in den Tank kommt und nicht auch Atomstrom?

(Klaus-Peter Hesse CDU: In den Tank kommt das gar nicht!)

Das muss man sicherstellen.

Für mich ist eigentlich schon viel zu schnell entschieden, dass wir Tanksäulen und eine Ladestation haben wollen, wo man den Stecker hineinsteckt. Es gibt auch ganz andere Möglichkeiten, die eventuell für die Kunden praktischer sein können. Sie dürfen nicht vergessen, dass bei der Betankung von Elektroautos direkt aus der Steckdose eine Ladezeit von mindestens vier bis fünf Stunden notwendig ist. Ich möchte denjenigen sehen, der seine Reise oder seine Stadtfahrt erst einmal vier bis fünf Stunden unterbrechen will,

(Ingo Eglhoff SPD: Das macht doch alles gemütlicher!)

wenn er keinen Strom mehr im Auto hat. Die Dänen haben ein ganz anderes Modell in petto, das sie anschieben wollen, wo es darum geht, an den Tankstellen die Batterien selbst auszutauschen. Dort fahren Sie ran, nehmen die Lithium-Ionen-Batterie aus dem Kofferraum und tauschen sie gegen eine neue aus. Dann können Sie sofort weiterfahren, der Vorgang dauert nicht länger als das übliche Betanken. Das sollte man auch einmal überlegen. Denn die Batterien, die dann zum Aufladen in den Stationen liegen, haben gleichzeitig den Vorteil, dass sie dann mit Strom aufgeladen werden können, der möglicherweise zu bestimmten Tageszeiten überschüssig ist. Dänemark hat bekanntlich viel Windstrom, sodass dort die Batterien mit erneuerbaren Energien aus den Windstromanlagen des Landes geladen werden.

Hier wäre auch eine Diskussion bei uns notwendig. Sicher ist das auch abhängig von denjenigen, mit denen Sie zusammenarbeiten, insofern halte ich es für ganz wichtig, dass Sie uns Ihre Partner vorstellen und dann sagen, mit wem Sie etwas machen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema sehe ich nicht.

Dann rufe ich das vierte Thema der Aktuellen Stunde auf, angemeldet von der Fraktion DIE LINKE:

Erzieherinnen brauchen Rechtsanspruch auf Gesundheitsförderung – Was fehlt, sind die räumlichen, sachlichen und personellen Voraussetzungen für gute Erziehung und Bildung

Das Wort wird gewünscht, der Abgeordnete Yildiz bekommt es.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wissen Sie, dass in Japan Erzieher und Erzieherinnen den gleichen Rang wie die Rechtsanwälte und Ärzte haben? Das bedeutet, dass sie auch wie die Ärzte und Rechtsanwälte akzeptiert und bezahlt werden. Für den Senat klingt das sicherlich komisch, weil die CDU-GAL-Koalition Kitas immer noch als einen Aufbewahrungsort für Kinder sieht. Das ist nicht richtig. Kitas sind Bildungsorte, an denen Kinder von früh an gefördert und auf ihr späteres Leben vorbereitet werden. Sie lernen soziale Kompetenz und die Sprache, die für die Zukunft sehr wichtig sind.

Was viele Erzieher und Erzieherinnen heute bei der Einstellung verdienen, ist schockierend. Ein Erzieher, der eine fast 5-jährige Ausbildung gemacht hat, hat ein Einstiegsgehalt von 1922 Euro und 60 Cent und ein Endgehalt von 2474 Euro und 79 Cent. Gerade bei Frauen, die oft teilzeitbeschäftigt sind, führt dies dazu, dass sie Schwierigkeiten haben, davon zu leben und gleichzeitig Hartz IV beantragen müssen. Das ist ein Skandal. Niemand, der täglich die Zukunft unserer Kinder fördert, sollte in Armut leben.

Die Stadt Hamburg sorgt dabei für einige besonders schwierige Rahmenbedingungen. Die Pauschalierung der Personalkosten im Kita-Gutscheinssystem führt dazu, dass schon heute Arbeitgeber, die unter Tarif zahlen, profitieren und Überschüsse erwirtschaften. Somit werden Verbände und Unternehmen, die tariflich zahlen, benachteiligt. Die Personalpauschalierung muss weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Die tatsächlichen Personalkosten müssen übernommen und ausbezahlt werden. Gleichwohl müssen auch die zusätzlichen Kosten, die durch die jetzigen Tarifverhandlungen anfallen, durch den Senat übernommen werden, sodass Träger ihre Mitarbeiter tariflich bezahlen können.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

(Mehmet Yildiz)

In vielen Stadtteilen leben viele Kinder in Armut. Größere Kita-Gruppen, Erzieher und Erzieherinnen müssen wegen der gescheiterten Kinder- und Jugendpolitik des Senats immer mehr aushalten. Ein Kind, das ohne Frühstück und schlecht versorgt in die Kita kommt, bedarf mehr Zuwendung. Das sind hohe psychische Belastungen, mit denen die Erzieher und Erzieherinnen zu kämpfen haben, und das alles bei einem sehr niedrigen Lohn. Es ist nicht mehr hinzunehmen, dass Sie auf Kosten unserer Kinder weiterhin Einsparungen an den Erziehern und Erzieherinnen vornehmen,

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

aber gleichzeitig für Ihr Prestigeprojekt Elbphilharmonie 400 Millionen Euro hinauswerfen. Wir, die Fraktion der LINKEN, haben und werden weiterhin die Tarifauseinandersetzung der Gewerkschaft unterstützen. Wir fordern, dass die Personalpauschalierung aufgehoben wird und gleichzeitig, wenn die Tarifauseinandersetzung beendet sein wird, dass auch die Kolleginnen und Kollegen vernünftig ausbezahlt werden.– Dankeschön!

(Beifall bei der LINKEN und bei *Wolfgang Rose SPD*)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Müller.

Stephan Müller CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren, lieber Herr Yildiz. Zunächst einmal haben Sie sehr am Thema vorbei gesprochen, ich habe mich gestern schon gefragt, was Sie unter Ihrer Themenanmeldung verstehen mögen und jetzt haben Sie für mich nur über Geld gesprochen, dabei haben Sie angemeldet: "Erzieherinnen brauchen einen Rechtsanspruch auf Gesundheitsförderung - Was fehlt, sind die räumlichen, sachlichen und personellen Voraussetzungen für gute Erziehung." Über Geld steht da nichts, insofern überraschen Sie mich ein wenig.

Was den Verdienst angeht, so ist es unumstritten, dass im Augenblick arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen stattfinden zwischen ver.di und dem Arbeitgeberverband. Ich fände es aus unserer Sicht, was die Legislative angeht, zum jetzigen Zeitpunkt eher angemessen, sich zu dem Thema nicht zu äußern beziehungsweise sich zurückzuhalten. Was nicht bedeutet, dass wir uns dafür nicht interessieren sollten oder es möglicherweise im Nachgang auch noch bewerten. Es hatte jetzt ein wenig einen störenden Charakter, gerade weil die Verhandlungen in einer entscheidenden Phase sind.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Übrigens bin ich es leid, wie wahrscheinlich sehr viele im Haus, dass immer, wenn Sie über soziale Themen sprechen, die Elbphilharmonie hier angeführt wird,

(*Michael Neumann SPD:* Das kann ich mir vorstellen!)

möglicherweise auch noch das Konjunkturprogramm. Werden Sie sich endlich einmal bewusst, kommen Sie von diesem hohen Ross herunter, dass auch dieses für die Menschen, die Sie speziell als Zielgruppe erkannt haben, sehr viel Nutzen haben und sehr viel bringen wird.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Interessant finde ich auch, dass Sie Kita-Trägern vorwerfen, sie würden Gewinne machen. Es hört sich an als würden Kita-Träger Millionengewinne erwirtschaften und sich Geschäftsführergehälter auszahlen, dass einem ganz schwarz vor den Augen wird. Wenn Sie sich einmal die rechtlichen Konstellationen anschauen, würden Sie wissen, dass dort keine Gewinne erwirtschaftet werden können.

Lassen Sie mich zu den Kitas selbst noch etwas sagen. Ich meine, dass in den Hamburger Kitas durchweg sehr gute Arbeit geleistet wird und das ist auch sicher ein sehr harter Job. Und weil das so ist, gehört zu dieser Arbeit auch eine angemessene Bezahlung und, was jetzt auch diskutiert wird, der Gesundheitsschutz, ist für die Mitarbeiter sicherlich ein Thema. Das ist auch vom Arbeitgeberverband vollkommen unstrittig, denn auch der Arbeitgeberverband hält diese Forderung nach Gesundheitsschutz für ein berechtigtes Anliegen und hat hier einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet.

Im Augenblick war die Auseinandersetzung über die Besetzung der Kommission Dreh- und Angelpunkt, die, ich schaue in Ihre Richtung, Herr Rose, dann später für die Gefährdungsanalysen und die Konsequenzen beziehungsweise die Umsetzung dann mit zuständig sein soll. Hier gibt es eben auch ganz unterschiedliche Auffassungen und in diesem Punkt wird man sich sicherlich noch einigen können und auch einigen müssen.

Psychische und physische Belastungen sind sicherlich etwas sehr Individuelles. Gruppengrößen, die Sie eben angesprochen haben, Personalschlüssel et cetera, danach richtet sich das, können je nach Besetzung dieser Gruppe sehr groß oder auch vollkommen okay sein.

(*Carola Veit SPD:* Das ist doch Tüdelkram!)

Anders gesagt – das ist nicht Tüdelkram, Frau Veit, wenn Sie zuhören – eine E5-Gruppe in Lurup kann ganz andere Arbeit oder Belastung bedeuten als eine E5-Gruppe in den Walddörfern. Das werden Sie sicherlich nicht abstreiten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

(Stephan Müller)

Wenn Sie die ganzen Debatten, die wir nahezu einmal im Monat über diese Thematik führen, interessiert verfolgt hätten, hätten Sie feststellen können, dass wir dies immer eingeräumt haben. Eins darf man aber in diesem Zusammenhang bitte auch nicht ignorieren, dass wir zwischen aktuell mit über 400 Millionen Euro so viel Geld in die Kitas dieser Stadt stecken wie noch nie zuvor. Und das doch nicht nur in die Quantität, sondern eben auch in die Qualität der Kitas und deren Ausstattung.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Eines würde ich mir auch wünschen. Dass einmal langsam realisiert wird – insbesondere in Richtung LINKS-Partei – dass wir uns eben zurzeit in einer großen Wirtschaftskrise befinden.

(Michael Neumann SPD: Das zählt aber für die HafenCity nicht!)

Das bedeutet einbrechende Steuereinnahmen und das in einem ganz erheblichen Maß.

(Michael Neumann SPD: Wenn man das politisch will, dann macht man es!)

Und trotzdem hält diese Koalition an ihren ambitionierten, aber eben auch an sehr teuren Maßnahmen in diesem Bereich fest. Das, meine Damen und Herren von der LINKS-Fraktion, kommt letzten Endes auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kitas zu Gute, denn Ausbau bedeutet auch mehr Arbeitsplätze, bedeutet mehr Nachfrage nach gutem, qualifizierten Personal. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Veit.

Carola Veit SPD: Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, wissen Sie eigentlich, was ein Krippenknie ist?

(Wolfgang Beuß CDU: Ein was?)

Nein? Das habe ich mir gedacht. Ein Krippenknie ist eine Berufskrankheit bei älteren Krippenerzieherinnen, die mit über 50 Jahren noch immer in viel zu großen Krippengruppen den ganzen Tag auf dem Fußboden herumkriechen müssen und sich dabei schwerwiegende gesundheitliche Schäden zuziehen.

Sie haben in den vergangenen Jahren den notwendigen Ausbau der Kinderbetreuung in hohem Maße zu Lasten der Qualitätsstandards und der Arbeitsbedingungen in den Kitas betrieben. Die Zahl der Kinder im Betreuungssystem ist gestiegen, aber die Zahl der Beschäftigten in Vollzeit bei weitem nicht im gleichen Maße. Erzieherinnen müssen sich heute um deutlich mehr Kinder kümmern als noch vor zehn Jahren. Da steigen Lärm-

pegel und Stress, da steigt sogar die Zahl der Grippeinfektionen, Burn-out, Tinnitus, Hörstürze, psychische Erkrankungen, Muskel- und Skeletterkrankungen, die Liste ließe sich endlos fortsetzen. Der hohe Krankenstand in diesem Beruf spricht für sich und das trotz der hohen Teilzeitbeschäftigungsquote. Sie, Herr Senator Wersich, kümmern sich dabei viel zu wenig um die Gesundheit der Menschen, für deren engagierte Arbeit Sie sich doch hinterher feiern lassen. Und Sie vernachlässigen an dieser Stelle Ihre Fürsorgepflicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn dann die Beschäftigten mit den Gewerkschaften versuchen, Verbesserungen zu erreichen, verweigern Sie erst die Verhandlung, dann gehen Sie schließlich spitzfindig gerichtlich dagegen vor, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Ihrem Streikrecht Gebrauch machen. Das finden wir eher schäbig, Herr Senator.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Denn, und das muss ganz deutlich gesagt werden, Herr Senator Wersich und die CDU stehen für Kita-Ausbau auf Kosten der Arbeitsbedingungen und der Qualität. Sie stehen für Masse statt Klasse und dass in unseren Kitas dennoch gute und engagierte Arbeit geleistet wird, das ist allein dem Engagement der Erzieherinnen und Erzieher zu verdanken, was die SPD-Fraktion an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich tut.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Dabei, das betonen auch Sie gelegentlich ganz gerne, allerdings nur in Ihren Sonntagsreden,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Besser als Ihre Donnerstagsrede!)

ist frühkindliche Bildung mitentscheidend für den Erfolg, den Kinder im Leben haben. Wenn Sie die Kinder mit zwei, drei, vier Kindern in zu große und schlecht ausgestattete Kita-Gruppen schicken, Herr Senator, dann nehmen Sie ihnen Chancen auf Chancengleichheit, und zwar fürs Leben. Denn wie wir wissen, werden Bildungsunterschiede in den Schulen oftmals gar nicht mehr aufgeholt. Und das ist das genaue Gegenteil dessen, wofür wir Sie hier vereidigt haben.

Meine Fraktion hat bei den Haushaltsberatungen beantragt, wenigstens für Kinder in sozial benachteiligten Gebieten kleinere Gruppen zu schaffen, und Herr Müller hat eben angesprochen, dass das eigentlich ein wichtiges Thema ist. Die Bildungsbehörde macht das so. In den KESS-1 und KESS-2-Gebieten sind die Klassenfrequenzen in den Grundschulen deutlich niedriger. Dort leistet man sich im Interesse einer größeren Chancengleichheit viele teure Lehrerstunden. Und Sie haben für die Kitas nicht einmal ein paar preisgünstige Erzie-

(Carola Veit)

herinnenstunden übrig. Sie machen eben keine Unterschiede zwischen Lurup und Volksdorf.

(Beifall bei der SPD)

Im Bürgerschaftswahlkampf hat der Bürgermeister noch gesagt, die soziale Spaltung der Stadt sei eine Erfindung der SPD. Jetzt hat diese Aussage eine Variation bekommen: Wir würden ja gerne, aber die Wirtschaftskrise. Wir regen an, einmal nicht so platt von der Hand in den Mund, sondern stattdessen an Wachsen mit Weitsicht zu denken.

Das Ihrer Partei durchaus nahe stehende Institut der Deutschen Wirtschaft hat schon einmal versucht, Ihnen das Denken abzunehmen. Das IW plädiert vehement für verstärkte frühkindliche Förderung, außerdem für eine weitergehende Qualifizierung der Beschäftigten und errechnet dafür eine langfristige Rendite von acht Prozent. Damit auch wir Nicht-Ökonomen dies verstehen, sage ich es noch einmal schlichter. Wer eine gute Kita hat, schafft die Schule besser, findet leichter einen Job, ist weniger von Arbeitslosigkeit betroffen und liegt dem Staat später weniger auf der Tasche. Das ist nicht alleine im Interesse des Erzieherpersonals, das ist im Sinne unserer Kinder, ihrer Eltern und es sollte in unser aller Interesse sein. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren, verehrte Kollegin Veit! Es fällt wirklich manchmal schwer, ruhig zu bleiben bei Ihrer Rede.

(Beifall bei der CDU)

Das liegt daran, weil Sie krampfhaft versuchen, und das fällt natürlich auch langsam auf, irgendwie dem Senator die Schuld zu geben. Ich möchte einen Punkt herausgreifen. Die Fürsorgepflicht hat meiner Ansicht nach immer noch der Arbeitgeber, das ist der direkte Weg, nicht die Behörde und schon gar nicht der Senator.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Ein Krippenknie, Frau Veit, erhält man auch, wenn man nur mit drei Kindern immer auf dem Boden herumrutscht, das hat überhaupt nichts mit der Gruppengröße zu tun. Obgleich, Sie haben natürlich recht, das ist ein wichtiger Punkt der Gesundheitsschutz, um den geht es letztendlich in der Diskussion.

Das Zweite, warum es mir manchmal schwer fällt, ruhig zu bleiben, ist, warum reden Sie unter dem Deckmantel von Gesundheitsschutz, was eigentlich angemeldet ist? Schon Herr Yildiz hat als anmeldende Partei sein Thema verfehlt, auch Sie ha-

ben es verfehlt. Sie fangen an, uns die frühkindliche Bildung unterzuschieben ...

(Zwischenruf)

– Dann melden Sie das doch bitte auch an.

(Ingo Egloff SPD: Jetzt hören Sie doch mal mit dieser Lehrerattitüde auf! Das ist ja unerträglich!)

Hier geht es um Gesundheitsschutz und um die Erzieherinnen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es ist unbestritten, Herr Yildiz, und damit stehen die Erzieherinnen und Erzieher nicht alleine, dass wirklich Idealismus vorausgesetzt wird, wenn man Erzieher wird, denn die Bezahlung ist nicht gerecht der Leistung angemessen. Ich kann Ihnen noch zig andere Berufe im sozialen Bereich nennen, wo es genau so ist, von den Altenpflegern über die ganzen medizinischen Berufe, da haben Sie völlig recht.

Worum geht es denn bei diesem Streik? Es geht letztendlich darum, dass es einen Wechsel in den Tarifverträgen gab und dass die Erzieherinnen und Erzieher sich im Moment in einer Übergangsphase befinden. In der Tat erhalten die Neueinstellungen in diesem Überleitungsvertrag nicht dieselbe Chance wie früher, auf das gleiche Gehaltslevel zu kommen. Hier muss klar nachgebessert werden. Das haben meines Wissens die Arbeitgeber auch erkannt und aus diesem Grund wird es eine – wir als Grüne wünschen uns das sehr – einvernehmliche Lösung am Verhandlungstisch geben. Was den Streik anbelangt, so ist er immer zunächst eine Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften oder Arbeitnehmern.

Es ist nicht Aufgabe der Politik und da irren Sie sich, Herr Yildiz, sich in Verhandlungen einzumischen. Beide Seiten haben berechnete Positionen. Wir Grüne würden uns wie gesagt wünschen, dass am Verhandlungstisch ein guter Kompromiss erzielt wird, aber hier reden wir über den Gesundheitsschutz und den wollen wir doch ins Zentrum stellen. Natürlich betreuen Erzieherinnen und Erzieher jeden Tag unsere Kinder und machen sich Gedanken um deren Wohlbefinden und Gesundheit; ihre eigene Gesundheit stellen sie dabei meistens in den Schatten. Hauptbelastungsfaktoren sind in der Tat Lärm und das unangemessene Mobiliar, aber hauptsächlich sind es die Kinder selbst, die mit ihrem Rufen, Lachen, Weinen und Schreien den Lärm produzieren. Das gehört auch dorthin und es gehört letztendlich in den Alltag der Erzieherinnen. Es darf aber keine Normalität werden und genau da müssen wir ansetzen.

Es existieren in Hamburg auch bereits gute Ansätze. Vielleicht ist es Ihnen nicht bekannt, Herr Yildiz, aber es gab ein dreijähriges Modellprojekt namens Kitas fit für die Zukunft, das im Jahr 2006 von der

(Christiane Blömeke)

Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung ins Leben gerufen wurde. Acht Kitas in Hamburg haben mitgemacht und sehr viele Maßnahmen entwickelt, die Vorbildcharakter für alle Kitas haben sollten. Und die, das sehe ich als Aufgabe der Politik, müssen wir herausfinden, positiv begleiten, stärken und dann sollten wir sie in andere Kitas implementieren. Zum Beispiel gab es von pädagogischer Seite Schallexperimente mit Kindern, um sie erst einmal für Lärm zu sensibilisieren. Natürlich gibt es auch die bauliche Seite, Lärmschutzdecken und Schall absorbierende Maßnahmen. Es wurde umstrukturiert, damit Mitarbeiterinnen Räume für eine Pause haben, in denen sie sich zurückziehen und auf entsprechendem Mobiliar sitzen können.

(Carola Veit SPD: Das gehört zum Standard!)

Das alles sind Möglichkeiten, den Gesundheitsschutz der Erzieherinnen und Erzieher anzugehen.

(Carola Veit SPD: Die müssen finanziert werden, die Räume!)

Ich gebe Ihnen recht, ich stehe diesem Streik sogar positiv gegenüber, denn er macht auf die öffentliche Situation aufmerksam. Ganz ehrlich, wer von Ihnen hat sich denn schon einmal Gedanken darüber gemacht, wie es ist, den ganzen Tag auf einem Kinderstuhl zu sitzen oder in der Krippengruppe herumzurutschen? Natürlich muss da eingegriffen werden. Ich glaube aber, dass beide Parteien auf einem guten Weg sind, sich einander anzunähern und auch zu einem Ziel zu kommen. Politisch sehe ich es als meine Aufgabe, zum Beispiel diese Möglichkeiten, die das Modellprojekt herausgebracht hat, in die Bürgerschaft zu tragen und zu überlegen, was wir davon denn für eine weitere Umsetzung anregen können.

Es ist ein falscher Ansatz, wenn wir unter dem Thema Gesundheitsschutz wieder den allgemeinen Rundumschlag über die frühkindliche Bildung machen und den verkürzten Weg nehmen, es läge an der Gruppengröße. Ob nun die Gruppengröße 25 oder 20 Kinder beträgt, ist für die Lärmbelastung einer Kindertagesstätte irrelevant.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das ist nicht zu fassen. Völlig praxisfremd!)

Die Menge der Kinder in einer Kita macht es, die für die Erzieherinnen und Erzieher den Lärm bedeutet. Genau da müssen wir ansetzen, völlig richtig. Wir nehmen die Gesundheitsmaßnahmen ernst und das andere – ja, Herr Lein, wenn Sie über Gruppengröße reden wollen, das wollen wir auch.

(Glocke)

Das ist eine Frage der Qualität in den Kitas, die ich

(Glocke)

aber erst einmal nicht primär

(Glocke)

in den Gesundheitszusammenhang stelle.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ist Ihnen die Bedeutung des rot blinkenden Lichts bekannt?

Christiane Blömeke (fortfahrend): Deswegen bin ich jetzt auch fertig und das Thema Gesundheitsschutz werden wir weiter angehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst ein paar Stichworte zum Thema Personal. Wir haben in Hamburg im Bundesvergleich in den unterschiedlichen Angebotsbereichen Krippe, Elementar, Hort durchschnittliche Werte im Ländervergleich, was die Erzieher-Kind-Relationen angeht. Das Personal gewährleistet eine gute und verlässliche Betreuung, Erziehung und Bildung in den Kitas. Wir haben im letzten Jahr eine Kampagne der Kitas erlebt, „Kita – weil wir's wissen wollen!“, in der sie sehr selbstbewusst ihre Qualität der Bildung unter Beweis gestellt haben; dass sie das in Hamburg können und tun. Ich weiß, dass es Forderungen nach mehr Personal gibt. Dass weiß Frau Blömeke, das weiß Frau Veit, das wissen alle im Saal und dennoch ist die Haushaltslage so, dass wir nicht versprechen können, dass wir die Erzieher-Kind-Schlüssel wesentlich verbessern können. Ich will noch einmal an diese Summe erinnern, dass wir die Ausgaben von 296 Millionen in 2002 auf heute über 400 Millionen erhöht haben, nächstes Jahr werden es wahrscheinlich 440 Millionen sein.

Zur Elbphilharmonie: Da bauen wir in 50 Jahren eine Elbphilharmonie. Im Kita-Etat käme ich damit in einem Jahr nicht einmal bis zu den Herbstferien, denn wir geben dort sehr viel mehr aus und das jedes Jahr.

Wir haben eine räumliche Situation in den Hamburger Kitas, die ebenfalls gut ist. Alle, die in den letzten Jahren einmal durch die Kitas gegangen sind, sehen, dass es sehr großzügige, sehr moderne, sehr exzellente und super ausgestattete Räumlichkeiten gibt. Es ist auch so, dass bereits viele Kitas Maßnahmen für den Gesundheitsschutz ergriffen haben, gerade die Vereinigung, mit Schallschutzwänden, mit entsprechender Rückenschonung, mit ergonomischen Sitzmöbeln und so weiter. Die Arbeitgeber haben selbst ein großes Interesse daran, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht krankheitsbedingt ausfallen. Da sitzen Gewerkschaften, Mitarbeiter und die Betreiber der Kitas in absolut einem Boot und wollen dasselbe.

(Senator Dietrich Wersich)

Ich finde es bedenklich, Frau Veit und auch Herr Yildiz, wenn Sie sich hinstellen und sagen, in Hamburg sei die Bezahlung und die Ausstattung mit Personal ein Skandal und was das alles für Folgen habe. Da hilft der Blick nach Berlin.

In Berlin regieren SPD und die LINKS-Partei bekanntlich gemeinsam. Die Menschen sind dort biologisch ähnlich gebaut, die Kinder sind ähnlich und dann schauen wir doch einmal, was Rot-Rot in Berlin realisiert. Im Elementarbereich der Kita, im Ganztagsbereich, sind die Schlüssel dort zwischen sechs und zwölf Prozent schlechter als in Hamburg. Im Krippenbereich gibt es im rot-rot regierten Berlin sogar zwischen sieben und zwanzig Prozent weniger Personal als in Hamburg. Bei den Leitungskräften, die die Arbeit mit den Eltern, die Regularien, all diese Arbeit zu machen haben, die aber auch aushelfen müssen, ist der Personalschlüssel in Berlin sogar um über 50 Prozent schlechter als in Hamburg.

(Zwischenrufe CDU: Hört, hört!)

Insofern ist das, was Sie in Hamburg als Skandal bezeichnen, nicht nur besser als in Berlin, sondern das, was sie in Berlin machen, ist die Politik, von der Sie glauben, dass sie hier auf Kosten der Mitarbeiter geht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ganz interessant, Herr Yildiz, wird es auch beim Thema Geld. In Berlin ist es ähnlich wie in Hamburg so, dass wir gar nicht direkt an den Tarifverhandlungen beteiligt sind. In Berlin waren für heute die Tarifverhandlungen angesagt, der rot-rote Senat hat sie gestern mit der Begründung abgesagt, der Tarifvertrag laufe noch bis Ende 2010 und sie hätten kein Geld, sie könnten im Moment nicht über den Tarif verhandeln. Und dann stellen Sie sich hier hin und drücken auf die Krokodilstränendrüse.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Sie können nicht jedes Mal moralisch triefend den Untergang des Abendlandes verkünden. Wenn Sie sich mit der Realität im Rest der Republik auseinandersetzen, dann müssen Sie feststellen, dass Ihre Parteigenossen, Ihre Regierung viel weniger für das Thema frühkindliche Bildung und Kitas tun, als es der schwarz-grüne Senat macht.

Ein Letztes möchte ich noch zu dem Streik sagen. Ich habe nichts gegen Tarifaueinandersetzen, aber es hat heute ein erneutes Urteil gegeben und ver.di benutzt mit seiner Streikpolitik die berechtigten Interessen der Mitarbeiter, aber auch die Sympathie der Bevölkerung, um mit rechtswidrigen Streikmaßnahmen am Ende auf dem Rücken von Eltern und Kindern diesen Arbeitskampf zu führen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wenn es wirklich um den Gesundheitsschutz geht, da haben die Arbeitgeber ein Angebot vorgelegt, das den Forderungen von ver.di bis auf die rechtlich nicht zulässige Bildung von Gewerkschaftskommissionen in den Betrieben entspricht. Deshalb schließe ich mich im Interesse der Eltern dem Appell an: Kehren Sie zurück an den Verhandlungstisch, suchen Sie eine gemeinsame Lösung beim Gesundheitsschutz und ersparen Sie den Eltern diesen Streik unter falschen Vorzeichen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Herren und Damen! Wenn in Hamburg alles so schön wäre wie Herr Wersich das beschreibt, dann würden die Kolleginnen und Kollegen nicht auf die Straße gehen und streiken. Streik ist immer eine Ausnahmesituation, dann hat man die Schnauze voll und geht auf die Straße und kämpft für seine Rechte.

(Glocke – Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ob Sie freundlicherweise zum parlamentarischen Sprachgebrauch zurückkehren wollen.

Kersten Artus (fortfahrend): Ich bin nicht der Ansicht von Herrn Müller, dass die Verhandlungen in einer entscheidenden Phase wären und ich bin nicht der Ansicht von Frau Blömeke, dass die Gespräche auf einem guten Weg seien. Das sind Lippenbekenntnisse, die nicht ernst zu nehmen sind. Es kommt nichts Substantielles auf den Tisch und deswegen ist es auch richtig, was ver.di und GEW machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Viele Erzieher und Erzieherinnen sind nicht gesund. Der hohe Krankenstand spricht für sich, Frau Veit hat dies bereits gesagt. Neben den gestiegenen Anforderungen sind die Gruppen heute wieder so groß wie zuletzt 1978.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen muss es verbindliche Regelungen zur Gesundheitsförderung geben, deswegen gehen die Beschäftigten, vornehmlich Frauen, dafür auf die Straße. Woraus bestehen die gestiegenen Anforderungen? Zum Beispiel die Altersmischung. Sie bewirkt, dass Gruppen ständig voll sind. Durch das Gutscheinsystem, und hierfür ist der Hamburger Senat verantwortlich, und die unterschiedlichen

(Kersten Artus)

Stundenkontingente ist zudem ein Kommen und Gehen in den Gruppen.

Es herrscht ständige Hektik. Sehen Sie sich die Situation in Hamburg an. Zudem wird der hohe Krankenstand personell nicht ausgeglichen, sodass eine Doppelbelastung für die noch arbeitsfähigen Arbeitskolleginnen und -kollegen besteht. Nun hören Sie sich doch einmal an, wie es in den Kitas aussieht. Ich habe nämlich das Gefühl, dass Sie keine Ahnung haben, wie die Arbeitsbedingungen dort aussehen; deswegen erzähle ich Ihnen das jetzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt zwar Vorbereitungszeit, zum Beispiel um die verbindlichen Bildungspläne auch kompetent umzusetzen, aber es handelt sich dabei nicht um kinderfreie Zeit. Es geht um Gesundheitsförderung, liebe CDU-Fraktion, ich erzähle Ihnen hier, was in den Kitas krank macht, und wenn Sie es nicht hören möchten, verlassen Sie bitte den Saal. Die Erzieherin oder der Erzieher wird also ständig gestört oder muss damit rechnen, gestört zu werden, und darüber hinaus müssen die Kollegen in den Krippen immer wieder heben, sich beugen, auf dem Boden sein, wie bereits erwähnt wurde. Machen Sie das einmal eine Woche lang, dann können Sie nachts nicht mehr schlafen. Bei der Übergabe der Kinder kommt es häufig zu stressigen Abschiedssituationen, oft müssen Bollerwagen voller Kinder gezogen werden.

Das Thema ist Gesundheitsförderung, hören Sie sich an, worin die gesundheitlichen Belastungen bestehen. Erhöhte Anforderungen werden auch an das Berichtswesen gestellt. Dies erfolgt ebenfalls ohne Personalaufstockung, aber die Jugendämter, der ASD verlangen zu Recht Berichte, auch wir Abgeordnete fordern sie berechtigterweise im Kinder- und Jugendausschuss. Der DGB-Index gute Arbeit hat zudem ergeben, dass nur 26 Prozent aller Erzieherinnen davon ausgehen, ihren Beruf gesund bis zur Rente ausüben zu können. Der Durchschnitt bei den anderen Berufen im Dienstleistungssektor beträgt 54 Prozent. Der Erzieherinnenberuf ist der am schlechtesten bewertete Beruf. Das hängt auch mit der Leidenschaft zusammen, mit der diese Kolleginnen ihren Arbeitsplatz ausfüllen.

Derzeit entscheiden die Arbeitgeber weitgehend allein und deswegen komme ich noch einmal auf den geforderten Tarifvertrag zu sprechen. Einen Rechtsanspruch auf gesundheitserhaltende Maßnahmen zu haben bedeutet im Zweifelsfall, diese einklagen zu können, zum Beispiel die von Herrn Wersich erwähnte schalldichte Wand oder einen Besprechungsraum, in dem die Erzieherinnen nicht auf Kinderstühlen sitzen müssen. Zur Gesundheitsförderung gehört aus meiner Sicht auch ein faires Entgelt – und hier komme ich noch einmal auf die Kritik von Herrn Müller zu sprechen –, denn sämtliche Statistiken belegen, dass jemand, der zu

wenig verdient, öfter krank ist als ein Mensch mit einem vernünftigen Einkommen.

Noch eine Anmerkung zum Thema Lärm in einer Kita. Dort wurden schon 117 Dezibel gemessen, das entspricht einer Lautstärke, als würden Sie in 100 Metern Entfernung von einem startenden Düsenjet stehen. Rufen Sie einmal in einer Kita zur Hochzeit an, Sie werden den Hörer vermutlich einen halben Meter von ihrem Ohr entfernt halten. Aus all den genannten Gründen müssen die Erzieherinnen und Erzieher einen Rechtsanspruch auf Gesundheitsförderung bekommen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Müller.

Stephan Müller CDU:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Artus und Frau Veit, wenn man Sie hört, ist der Beruf der Erzieherin einer, bei dem man offensichtlich vorher seinen Arzt oder Apotheker nach Risiken und Nebenwirkungen befragen sollte. Sie tun ja gerade so, als könnte dieser Beruf gar nicht mehr ausgeübt werden. Natürlich ist es ein schwieriger Beruf ...

(Lydia Fischer CDU: Und ein schöner Beruf!)

... und auch wir haben die größte Hochachtung vor ihm. Niemand hier hat behauptet, dass dieser Beruf schlecht bezahlt sein muss und niemand hat bestritten, dass Gesundheitsförderung in den Kitas ein wichtiges Thema ist. Es geht schlicht und einfach um die Frage, wie wir uns in puncto Tarifvertrag positionieren.

Frau Veit, Ihrer Behauptung, der Arbeitgeberverband würde mit spitzfindigen gerichtlichen Ersuchen den Streik verhindern, setze ich entgegen, dass auch der Arbeitgeberverband Rechte hat und sie auf dem Rechtsweg durchsetzen kann. Wenn Sie diese letzten Endes einfach vom Tisch fegen wollen, schlagen Sie sich ganz eindeutig auf eine Seite, und das halte ich für jemanden in Ihrem Amt nicht für richtig. Der von Ihnen festgestellte kausale Zusammenhang zwischen Gesundheit und Einkommen mag zum Teil ja richtig sein, aber wichtig ist doch, wie Frau Blömeke auch schon vernünftig herausgearbeitet hat, dass es prioritär nicht um Gruppengrößen geht, sondern um die Arbeitsbedingungen vor Ort.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Und damit hat die Gruppengröße nichts zu tun, oder was!)

Insofern sind wir auf einem guten Weg. Herr Senator Wersich hat wunderbar verdeutlicht, dass wir in Hamburg, zumindest im westdeutschen Vergleich der Städte, Spitze sind. Und dafür werden wir auch weiterhin sorgen.

(Stephan Müller)

(Christiane Schneider DIE LINKE: Nein, Durchschnitt hat er gesagt! – Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Veit.

Carola Veit SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Dr. Schön unterstützt schon allein ganz tapfer die Arbeitgeberseite, da braucht er unsere Hilfe gar nicht. Die Kommentare von Herrn Senator Wersich zum Streik und zum Verhalten von GEW und ver.di lasse ich einfach einmal so stehen. Zu Ihrer Bemerkung, der Streik würde auf dem Rücken von Eltern und Kindern ausgetragen, möchte ich allerdings sagen, dass das nicht stimmt. Nicht umsonst ist es der Presse kaum gelungen, irgendwo ein paar Eltern auszugraben, die mit diesem Streik nicht einverstanden sind, weil Eltern nämlich ganz genau wissen, dass es dabei um ihre Zukunft und die ihrer Kinder geht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Frau Blömeke, in der Anmeldung heißt es zwar, dass Erzieherinnen Rechtsanspruch auf Gesundheitsförderung brauchen, aber dort steht auch, dass die sachlichen, räumlichen und personellen Voraussetzungen für gute Erziehung und Bildung fehlen. Über diese Voraussetzungen sprechen wir hier auch, und, Herr Müller, es liegt natürlich nicht nur an den Gruppengrößen, sondern auch an der Erzieher-Kind-Relation, und in diesem Punkt liegen wir in Hamburg im Vergleich mit den anderen Bundesländern weit unter dem Durchschnitt. Darüber hinaus geht es auch um Bildungsempfehlungen, die in Hamburg nicht ausfinanziert sind ...

(Harald Krüger CDU: Wo hat sie das denn her?)

... und um vieles mehr. Und wenn Frau Blömeke sagt, über Gruppengrößen und Erzieher-Kind-Relation müsse nachgedacht werden, und Herr Wersich dies damit kommentiert, dass dafür kein Geld vorhanden sei, so spricht das Bände. Da Sie Berlin angesprochen haben, sollten Sie wissen, dass es dort einen sogenannten Quartierszuschlag für die Kitas in den benachteiligten Quartieren gibt, die anders ausgestattet sind als die Kitas in den besseren oder gesünderen Stadtteilen. In Berlin ist man diesen Schritt gegangen, weil man den Quartierszuschlag, so wie wir den KESS-Zuschlag, für nötig hielt. Ich kann Ihnen nur empfehlen, auch diesbezüglich einen Blick nach Berlin zu werfen.

(Beifall bei der SPD)

Sie nennen viele positive Beispiele, wie Ruheräume für Erzieher und Erzieherinnen; ja, diese finde ich super, aber sie sind in Hamburg eben nicht Standard. Auch Ruheräume müssen finanziert und ins Raumprogramm integriert werden, und das tun

Sie nicht. Wie Frau Artus gesagt hat, gibt es praktisch überhaupt keine sogenannte mittelbare pädagogische Arbeitszeit, also Zeit für Vor- und Nachbereitung, für Dokumentation, für Elterngespräche. All das findet zwischen Tür und Angel und in der Gruppe und am Katzentisch statt. Es ist nicht nur eine Frage der Tarifverhandlungen, sondern auch des Landesrahmenvertrags, den Sie mit den Trägern aushandeln. Hören Sie also auf, sich herauszureden. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch von mir zunächst ein kleiner Nachschlag. Frau Artus, ich frage mich wirklich, welches Bild Sie eigentlich von einer Kita zeichnen. Sie müssen Erstaunliches bei Ihren Besuchen in Kitas erlebt haben und für die Abschaffung des Gutscheinsystems werden Sie hier keine Mehrheit finden, auch nicht bei den Oppositionskollegen in der SPD, denn sie haben das Gutscheinsystem damals mit eingeführt. Anscheinend ist die Fraktion der LINKEN die einzige, die sich immer noch nicht mit diesem flexiblen, modernen, von allen Fraktionen gewollten System in Hamburg abgefunden hat. Was malen Sie für ein Bild von Kitas? Sie beschreiben den Alltag in einer Kita nur mit Hektik, ständigem Kommen und Gehen, nur Negativ-Wahrnehmungen habe ich von Ihnen gehört. Die in den Kitas geleistete pädagogische, gruppenübergreifende Arbeit, die Flexibilisierung, die Sie mit Kommen und Gehen bezeichnen und die von uns allen gewollt wird, weil sich auch die beruflichen Anforderungen an die Eltern geändert haben, klammern Sie völlig aus. Heutzutage werden nun einmal andere Anforderungen als früher an eine Kita gestellt. In vielen Berufen gibt es keinen geregelten Alltag mehr, sondern Früh- und Spätschichten und unregelmäßige Arbeitszeiten, und deswegen ist es unsere Aufgabe, eine Kinderbetreuung zu organisieren, die diesem Bedarf gerecht wird.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Dann müssen Sie das auch bezahlen!)

Ich glaube, das Gutscheinsystem leistet diese Arbeit hervorragend.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich habe keinen aus dem Parlament gehört, der behauptet hätte, dass der Beruf der Erzieherinnen einfach sei. Es ist richtig, dass das Heben und Tragen in der Kita eines der Gesundheitsrisiken darstellt. Vorhin erwähnte ich bereits den Lärm und das unpassende Mobiliar, aber ich verstehe nicht, dass Sie das alles immer wieder gebetsmühlenar-

(Christiane Blömeke)

tig wiederholen, wo wir doch alle einvernehmlich gesagt haben, dass uns der Gesundheitsschutz in Kitas wichtig ist und es dafür Lösungsmodelle geben muss. Wie Herr Wersich möchte auch ich noch einmal daran erinnern, dass diese Lösungsmodelle auch vom Träger, also dem Arbeitgeber, gemeinsam mit den Kitas entwickelt werden können. Herr Wersich nannte eben schon die Vereinigung. Ich könnte noch viele andere gute Beispiele anführen, doch anscheinend ist mein Beispiel von vorhin an Ihnen vorbeigegangen, deshalb wiederhole ich es noch einmal. Wir hatten in Hamburg das dreijährige Modellprojekt "Kitas fit für die Zukunft", bei dem Lösungsmodelle entwickelt worden sind, die wir uns alle einmal ansehen sollten. Natürlich können wir immer wieder kritisieren, dass die Erzieherinnen nicht genug verdienen und sie deshalb krank werden. Ja, darin habe ich Ihnen zugestimmt, der Beruf ist auch aus meiner Sicht unterbezahlt. Ich werde aber einen Teufel tun, denn ich finde nach wie vor, dass es nicht unsere Aufgabe ist, uns auf die Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerseite zu stellen, sondern dass die Politik sich hier zunächst herauszuhalten hat. Wir plädieren dafür, dass einvernehmliche Lösungen am Verhandlungstisch gefunden werden müssen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Aufgabe der Politik aber ist es in der Tat, Rahmenbedingungen für eine Erfolg versprechende Arbeit zu schaffen. Das betrifft einerseits die pädagogische Arbeit und andererseits die Personalaufstockung bei den Erziehern und Erzieherinnen in den sozialen Brennpunkten. Das ist jedoch eine ganz andere Diskussion.

(Carola Veit SPD: Ach so!)

Diese Diskussion haben wir auch schon bei den Haushaltsberatungen an richtiger Stelle geführt und es ist unbestritten, dass mehr Personal in den Kitas benötigt wird.

(Carola Veit SPD: Das will Senator Wersich aber nicht!)

Senator Wersich hat jedoch klar gemacht – und auch ich habe das bei den Haushaltsberatungen deutlich gesagt –, dass bei den finanziellen Kraftanstrengungen, die wir zurzeit für die Kitas auf uns nehmen, keine Nachbesserungen vorgenommen werden können. Das gefällt mir genauso wenig wie Ihnen, aber so sieht die Realität aus. Das heißt jedoch nicht, dass wir den Gesundheitsschutz völlig außer Acht lassen, sondern hier gilt es, weitere Lösungsmodelle zu entwickeln. Wenn Sie daran konstruktiv mitarbeiten wollen, freue ich mich, und wenn wir an anderer Stelle über die Bedingungen reden, zum Beispiel für die Verbesserung der Erzieher-Kind-Relation, dann sollten wir diese auch schaffen. Eine Vermischung dieser Themen halte ich nicht für sinnvoll, stattdessen sollten wir kon-

struktiv am Gesundheitsschutz der Erzieher und Erzieherinnen weiterarbeiten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Die Redezeit der Aktuellen Stunde ist erschöpft und wir kommen nun zu den Debatten.

Ich rufe Punkt 43 der Tagesordnung auf, Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz über die Drucksache 19/2138: Lärmschutz in Diskotheken, Tanzbetrieben und weiteren Veranstaltungsorten mit (Live-)Musik.

[Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz über die Drucksache 19/2138:

Lärmschutz in Diskotheken, Tanzbetrieben und weiteren Veranstaltungsorten mit

(Live-)Musik

– Drs 19/3118 –]

Wird das Wort gewünscht? Herr Krüger, bitte.

Harald Krüger CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich weiß nicht, wer unter Ihnen sich vorstellen kann, sich freiwillig über längere Zeit wiederholt dem Lärm auszusetzen, den ein startender Düsenjäger verursacht, das sind nämlich etwa 130 Dezibel.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Der Senat beim Hafengeburtstag! Da mochte man das doch!)

– Gutes Beispiel. Genau das ist der Wert, der bei 17 von 27 untersuchten Diskotheken im Spitzenbereich gefunden worden ist. Man weiß schon lange, dass es ein Verhältnis zwischen Lautstärke und Dauer der Beschallung gibt, das heißt, je höher die Lärmbelastung ist, umso größer ist das Gesundheitsrisiko. Das bedeutet, dass es bereits bei 24 Minuten Beschallung mit mehr als 105 Dezibel zu Gehörschäden kommen kann und dass Schallspitzen über 135 Dezibel zu akuten Gehörschäden führen können. Bei drei der untersuchten Diskotheken lag der Spitzenwert bei 139 Dezibel. Zum Vergleich: Ab 150 Dezibel tritt unausweichlich und auf der Stelle ein akuter Hörschaden ein. Eine groß angelegte Untersuchung der Bundeswehr hat ergeben, dass bereits ein Viertel aller jungen Soldaten unter Hörminderung leidet.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das spricht dafür, die Bundeswehr abzuschaffen!)

Die Werte dürften bei jungen Frauen ähnlich sein. Hörschäden sind leider nicht heilbar, somit also bleibende Krankheiten. Gesundheitsgefährdender Lärm in Discos, bei Musikveranstaltungen und Ähnlichem stellt also ganz eindeutig ein akutes,